



# JUSAMANDI

01/2017 Zeitschrift für gleichgeschlechtliche Liebe und Recht

Fotos: © Lukas Ehrlich



**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**

# Österreich muss für Standesamtsverbot zahlen

**Seit 1. April 2017, werden eingetragene Partnerschaften am Standesamt geschlossen, genauso wie Ehen. Zugleich hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof Österreich zu Ersatzzahlungen für die jahrelang hartnäckig aufrecht erhaltene Segregation verpflichtet.**

→ Die weltweit einzigartige Verbannung der gleichgeschlechtlichen Paare auf die Bezirksverwaltungsbehörden (Bezirkshauptmannschaften und Magistrate), die ansonsten für Gewerbebewilligungen, Führerscheine, Aufenthaltsbewilligungen, Kontrollkarten für Prostituierte und ähnlich unromantische Dinge zuständig sind, findet damit nach über sieben Jahre endlich ein Ende.

2015 hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) wegen dieser Segregation ein Verfahren gegen Österreich eingeleitet (<http://www.rklambda.at/index.php/de/250-standesamtsverbot-egmr-leitet-verfahren-gegen-oesterreich-ein>) und mit Entscheidung vom 30. März 2017 Österreich dazu verpflichtet, den Beschwerdeführern, die zu Recht gegen das Standesamtsverbot geklagt haben, Ersatzzahlungen zu leisten (*Hörmann & Moser und Dietz & Suttasom v Austria* 31176/13, 31185/13, dec. 30.03.2017).

[rklambda.at/index.php/de/153-13-11-2014-familienname-nachname-ep-rosa-winkel-des-namensrechts-wird-fall-fuer-strassburg](http://rklambda.at/index.php/de/153-13-11-2014-familienname-nachname-ep-rosa-winkel-des-namensrechts-wird-fall-fuer-strassburg)), so bleibt ihnen die Ehe in Österreich – anders als in fast der gesamten westlichen Welt – immer noch verboten. Ihre Partnerschaften werden daher im Ausland oft nicht anerkannt (und die Partner/innen gelten als Fremde), die Paare unterliegen wegen der getrennten Familienstände („verheiratet“, „geschieden“, „Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt“, „verwitwet“, „in eingetragener Partnerschaft lebend“, „eingetragene Partnerschaft aufgelöst oder für nichtig erklärt“, „hinterbliebener eingetragener Partner“, „ledig“) einem permanenten Zwangsouting (wie beispielsweise bei der Arbeitssuche und der Wohnsitzanmeldung, vgl. <https://www.help.gv.at/linkaufloesung/applikation-flow?leistung=LA-HP-GL-FormularMeldezettelPDF&quelle=HELP&flow=FO&formularlinkid=866>) und ihre Kinder müssen zwangsweise unehelich sein (siehe dazu <http://www.rklambda.at/index.php/de/294-verfassungsgerichtshof-prueft-eheverbot>).

„Unsere Bürgerinitiative Ehe Gleich! ([www.ehe-gleich.at](http://www.ehe-gleich.at)) ist mit über 50.000 Unterschriften eine der erfolgreichsten in der Geschichte der Republik und Drei Viertel der österreichischen Bevölkerung befürwortet die Ehegleichheit, eine Mehrheit in der Wählerschaft aller Parlamentsparteien“, sagt Dr. Helmut Graupner, Präsident des Rechtskomitees LAMBDA (RKL) und Vertreter der Beschwerdeführer in dem vom Grün-Alternativen Verein für Bürgerinitiativen mitunterstützten Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, „Wie lange soll es noch dauern bis auch die Politik im 21. Jahrhundert ankommt und endlich den Willen des Volkes umsetzt?“. ●

**HINTERGRUND**

## Familiennamen- & Standesamtsverbot: Chronik einer Schande

→ 2010 wurde, auf Druck des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, ein eheähnliches Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt, die eingetragene Partnerschaft. Homosexuelle Paare durften ihre eingetragenen Partnerschaften aber nicht am selben Ort schließen wie verschiedengeschlechtliche Paare die Zivilehe. Sie werden abgesondert auf die schmucklosen Ämter der Bezirksverwaltungsbehörden, wo ansonsten die Erteilung von Gewerbeberechtigungen, Prostitutionslizenzen, und ähnlich unromantische Angelegenheiten abgehandelt werden. Zudem wurde gleichgeschlechtlichen Paaren mit der Eingehung einer eingetragenen Partnerschaft ihr Familienname aberkannt. Sie wurden durch eine eigens für sie geschaffene Namenskategorie gekennzeichnet: den Nachnamen. Es war dies das erste und einzige Mal seit 1939, dass eine Bevölkerungsgruppe mit einer besonderen Namenskategorie versehen wurde. Dazu kam, dass Doppelnamen, anders als bei Ehepaaren, nicht mit einem Bindestrich verbunden werden durften, damit eingetragene Partner/innen als solche gleich als homosexuell erkennbar waren. Und eingetragene Paare durften zwar einen gemeinsamen Namen annehmen, das war allerdings nicht, wie bei der Ehe, auch nachträglich möglich sondern nur bei der Partnerschaftsschließung und musste ein eigenes Namensänderungsverfahren bei einer eigenen Behörde durchlaufen werden. Diese bössartigen Diskriminierungen waren (zusammen mit fast 100 weiteren) Bedingung der ÖVP dafür, dass sie 2009 der Einführung einer eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare zugestimmt hat. Die Bindestrichdiskriminierung hat der Verfassungsgerichtshof 2011 und das Verbot der nachträglichen Namensänderung 2012 aufgehoben. Das Standesamtsverbot hingegen hat er 2012 bestätigt, weshalb sich die Paare *Dietz & Suttasom* und *Hörmann & Moser* an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden mussten. Zu einer inhaltlichen Entscheidung über das Familiennamensverbot ist es nie gekommen, weil es die Gerichte verstanden haben, aus immer neuen formalen Gründen seit sieben Jahren eine solche Entscheidung zu vermeiden. Für Frühjahr 2014 hatte die damalige Innenministerin Mikl-Leitner die Aufhebung des Standesamtsverbots versprochen. Drei Jahre später war es jetzt endlich soweit. Es bleibt zu hoffen, dass unsere Steuergelder künftig besser eingesetzt werden als Beamt/innen mit der Erfindung ausgeklügelter Diskriminierungen zu beschäftigen. ●



**Warum dürfen unsere Eltern nicht heiraten?**  
JETZT ONLINE UNTERSCHREIBEN: [ehe-gleich.at](http://www.ehe-gleich.at)

Auch wenn nun die Standesämter auch für gleichgeschlechtliche Paare offen stehen und homosexuelle Paare auch (wieder) einen Familiennamen tragen dürfen (siehe dazu <http://www.rklambda.at/index.php/de/294-verfassungsgerichtshof-prueft-eheverbot>).



Die erfolgreichen  
Beschwerdeführer  
vor dem Europäischen  
Gerichtshof für Menschen-  
rechte: Walter Dietz,  
Boontawee Suttasom,  
Felix Moser und  
Manfred Hörmann.

Fotos: © Lukas Ehrlich

**HG** Maxingstraße  
22-24/4/9  
A-1130 Wien

Telefon/Fax  
+43 (1) 876 61 12  
Mobiltelefon +43  
(0)676/309 47 37

**Dr. Helmut  
Graupner**

Rechtsanwalt, Verteidiger in Strafsachen

[www.graupner.at](http://www.graupner.at)  
E-Mail: [hg@graupner.at](mailto:hg@graupner.at)

Präsident Rechtskomitee LAMBDA, Co-Präsident der Österr. Gesellschaft für Sexualforschung (ÖGS), Vice-President for Europe der International Lesbian and Gay Law Association (ILGLAW), Co-Coordinator der European Commission on Sexual Orientation Law (ECSOL), Member of the World Association for Sexual Health (WAS).

In Kooperation mit Kanzleien in Amsterdam-Berlin-Bogotá-Genf-Jerusalem Kapstadt-London-Paris-Stockholm-Sydney-Toronto-Vancouver

**LOGO / INTERNET  
GRAPHIKDESIGN**

**ARCHITEKTUR-  
PHOTOGRAPHIE**

**MICHAEL HIERNER**  
[www.hierner.info](http://www.hierner.info)



# ÖBB VORTEILSCARD Family

**So bunt wie das Leben.**

Für Mütter, Väter, Partner oder Freunde,  
die mit Kindern unterwegs sind.

Jetzt online bestellen um nur 19 Euro pro Jahr.





## Am 14. Jänner 2017 hat das Rechtskomitee LAMBDA (RKL) zum 4. Vernetzungstreffen der LGBTI-NGOs in Österreich geladen

An der von Mag. Raoul Fortner und RKL-Generalsekretär Walter Dietz exzellent organisierten Veranstaltung haben fast alle politisch tätigen LGBTI-NGOs Österreichs teilgenommen und sich intensiv über den aktuellen Stand der Arbeit und künftige Projekte ausgetauscht. Wir danken dem Hotel Kummer für die freundliche Unterstützung.

Fotos: © Ewa Dziejcz



## Beim Schenken ans RKL denken!

Online Shoppen und kostenlos spenden!

Mit nur drei Mausklicks können Sie bei Ihrem Onlineeinkauf kostenlos für das RKL spenden: [www.shop2help.net/RKLambda](http://www.shop2help.net/RKLambda)

## Wir kämpfen für Deine Rechte!

Werde Mitglied und spende für unsere wichtige Arbeit

[www.rklambda.at/index.php/de/mitgliedschaft](http://www.rklambda.at/index.php/de/mitgliedschaft)

Erste Bank AG AT622011128019653400

## RKL Rechtsberatung

durch qualifizierte JuristInnen: jeden Donnerstag 19-20 Uhr

in Kooperation mit und in der Beratungsstelle COURAGE, Windmühlg. 15/1/7, 1060 Wien, Voranmeldung: 01/585 69 66. kostenlos – anonym

## Das RKL Kuratorium

→ Univ.-Prof. Dr. **Josef Christian Aigner**, Inst. f. Psychosoz. Intervention u. Kommunikationsforschung, Univ. Ibk. → NRAbg. a.D. Mag. **Thomas Barmüller** → NRAbg. **Petra Bayr**, SPÖ → Univ.-Prof. Dr. **Nikolaus Benke**, Legal Gender Studies, Univ. Wien → LABg. a.D. Univ. Prof. Dr. **Christian Brünner**, Prof. für Staats- u. Verwaltungsrecht, Univ. Graz → Dr. **Erik Buxbaum**, Generaldir. f.d. öff. Sicherheit → BM a.D. NR Abg. Dr. **Caspar Einem**, SPÖ → **Sandra Frauenberger**, Amtsf. Stadträtin (Wien) → Univ.-Prof. Dr. **Max Friedrich**, Vorstand der Univ.-Klinik für Neuro-psychiatrie d. Kindes- u. Jugendalters, AKH Wien → em. Univ.-Prof. Dr. **Bernd Christian Funk**, Inst. für Staats- und Verwaltungsrecht, Univ. Wien → Mag. **Karin Gastinger**, BM f. Justiz a.D. → Dr. **Marion Gebhart**, Kinder- u. Jugendanwältin d. Stadt Wien a.D. → Dr. **Irmgard Griss**, Verfassungsrichterin & vorm. Präsidentin OGH → NRAbg. a.D. **Gerald Grosz**, BZÖ → Dr. **Alfred Gusenbauer**, Alt-Bundeskanzler → BM a.D. Dr. **Hilde Hawlicek**, SPÖ → Dr. **Barbara Helige**, Vorm. Präs. Richtervereinigung → **Michael Heltau**, Kammerschauspieler → NRAbg. Dr. **Elisabeth Hlavac**, SPÖ → Dr. **Lillian Hofmeister**, Verfassungsrichterin und CEDAW-Expertin → Univ.-Prof. Dr. **Elisabeth Holzeithner**, Legal Gender Studies, Univ. Wien → Dr. **Judith Hutterer**, Generalsekr. Öst. Aids-Ges. → Hon.-Prof. Dr. **Udo Jesionek**, vorm. Präs. Jugendgerichtshof, Präs. Weißer Ring → Mag. **Christian Kern**, Bundeskanzler → **Gery Keszler**, Life-Ball → Abg. z. NR a.D. Dr. **Volker Kier** → Univ.-Prof. Dr. **Christian Köck** → Dir. Dr. **Franz Kronsteiner**, Vorm.Vorstandsvors. D.A.S. Österr. → **Mario Lindner**, vorm. Präs. des Bundesrats → **Thomas Mader**, VPräs. First Vienna FC 1894 → Univ.-Prof. DDr. **Heinz Mayer**, Dekan Rechtswiss. Fakultät Univ. Wien → Prof. Dr. **Roland Miklau**, Ehrenpräs. Öst. Juristenkomm. → Dr. **Michael Neider**, SC BMJ iR → Univ.-Prof. Dr. **Manfred Nowak**, Boltzmann-Inst. f. Menschenrechte, UN-Sonderberichterstatter → Mag. **Heinz Patzelt**, Generalsekr. Amnesty Int. Österreich → Univ.-Prof. Mag. Dr. **Rotraud A. Perner**, Sexualwissenschaftlerin → LABg. Dr. **Madeleine Petrovic**, Die Grünen → Univ.-Doz. Dr. **Arno Pilgram**, Inst. f. Rechts- u. Kriminalsoziologie, Univ. Wien → DSA **Monika Pinterits**, Kinder- u. Jugendanwältin d. Stadt Wien → Dr. **Elisabeth Rech**, Vizepräs. Rechtsanwaltskammer Wien → Mag. **Andreas Schieder**, SPÖ-Klubobmann → Dr. **Anton Schmid**, Kinder- u. Jugendanwalt Wien a.D. → BRABg. **Marco Schreuder**, Die Grünen → Dr. **Elisabeth Steiner**, vorm. Richterin EGMR → NRAbg. a.D. Mag.<sup>a</sup> **Terezija Stoitsits**, Volksanwältin a.D. → Dr. **Peter Tischler**, SenPräs OLG Ibk i.R. → Univ.-Prof. Dr. **Hans Tretter**, Boltzmann-Institut. f. Menschenrechte → Univ.-Prof. Dr. **Alexander Van der Bellen**, Bundespräsident → Univ.-Lekt. Mag. **Johannes Wahala**, Ö. Ges. f. Sexualwissenschaften → Univ.-Prof. Dr. **Ewald Wiederin**, Inst. f. Verf.- u. Verwaltungsrecht, Univ. Salzburg → Dr. **Mia Wittmann-Tiwald**, Co-Vorsitzende FG Grundrechte der Richtervereinigung, Präs. Handelsgericht Wien → Mag. **Gisela Wurm**, stv. Klubobfrau NR, SPÖ